

Prof. Dr. Uwe Holtz

Moderator des Informellen Nord-Süd-Kreises Bonn¹

Universität Bonn
Seminar für Politische Wissenschaft
Am Hofgarten 15
53113 Bonn

14. Januar 1997

Nord-Süd-Zentrum Bonn

(Informationsvermerk für den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung²)

Politische Ausgangsbedingungen

Am 20. Juni 1991 hatte sich der Deutsche Bundestag mit knapper Mehrheit für Berlin als Sitz des Parlaments und des Kernbereichs der Regierungsfunktionen entschieden. Als Ausgleich für den Verlust des Parlamentssitzes und von Regierungsfunktionen sollte die Region Bonn mit neuen Funktionen und Institutionen von nationaler und internationaler Bedeutung im politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich versehen werden.

Nach dem Bundestagsbeschluß wurden erste Überlegungen laut, Bonn zu einem Nord-Süd-Zentrum zu machen. So forderte am 9. Juli 1991 der damalige Vorsitzende des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen, Bonn zu einem Nord-Süd-Zentrum der Entwicklungszusammenarbeit und des internationalen Dialogs wachsen zu lassen sowie die Nord-Süd-Problematik bei der Ausgestaltung Bonns zu einer internationalen Wissenschaftsstadt zu berücksichtigen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) schlug am 1. August 1991 der Bundesregierung vor, "die Idee eines bereits auch in der Öffentlichkeit diskutierten Nord-Süd-Zentrums Bonn sowohl in Form eines nationalen als auch eines internati-

¹ Am 26. Juni 1995 gründeten die drei Nichtregierungsorganisationen SID (Society for International Development, Bonn), das Gustav-Stresemann-Institut und das Nord-Süd-Forum den "Informellen Nord-Süd-Kreis Bonn". Dabei handelt es sich um eine Initiative zur Unterstützung des Auf- und Ausbaus der Bundesstadt Bonn zu einem Nord-Süd-Zentrum bzw. einem Standort für Entwicklungspolitik von nationalem und internationalem Rang. Der Informelle Kreis sieht seine Ziele und Aufgaben in der Impulsgebung und Beratung, im informellen Meinungsaustausch und der Zusammenführung politischer Kompetenz sowie in der Organisation von Gesprächen und Veranstaltungen. Der Informelle Nord-Süd-Kreis Bonn führt die drei staatlichen Ebenen Bund (BMZ, AA, BMU, BML, BMBW, BMBau, Bundeskanzleramt), das Land NRW und die Bundesstadt Bonn zu informellen Gesprächen zusammen. Am 8.2.96 regte Bundesminister Spranger an, den Informellen Nord-Süd-Kreis zu einem formellen Förderkreis mit noch breiterer Beteiligung auch aus dem nichtstaatlichen Bereich auszubauen. Auf seiner Sitzung am 8.5.96 stellte der Informelle Nord-Süd-Kreis fest, man habe den Kreis um die verbandliche NRO-Komponente (VENRO) und die in Bonn erwarteten UN-Organisationen (UNV) erweitert, darüber hinaus wolle man - zunächst - nicht gehen, auch um den informellen Charakter des Kreises beizubehalten.

²Das Hauptaugenmerk wird auf bundespolitische Aspekte gelegt.

onalen Standorts von entwicklungspolitischen Institutionen aktiv in die Planungen" der jeweiligen Arbeitsgruppen des Arbeitsstabes Bonn/Berlin aufzunehmen.

Das Berlin/Bonn-Gesetz vom 26. April 1994 und der zwischen dem Bund, den Ländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie der Region Bonn am 29. Juni 1994 geschlossene "Ausgleichsvertrag" fordern nicht nur die "Sicherstellung einer dauerhaften und fairen Arbeitsteilung" zwischen Berlin und Bonn, sondern u.a. auch den Erhalt und die Förderung des Politikbereichs "Entwicklungspolitik, nationale, internationale und supranationale Einrichtungen" in Bonn. Dieses Projekt wurde vom Bundesrat jüngst in seinem Berlin-Beschluß vom 27. September 1996 bekräftigt; darin heißt es, der Bundesrat wolle "seinen Beitrag zu einem neuen politischen und institutionellen Profil von Bonn als Brücke zwischen Berlin und Brüssel, zwischen Nord und Süd und als Standort für Kultur, Wissenschaft und Forschung leisten".

An Ausgleichsleistungen für die Region Bonn sagte der Bund für die Jahre 1995 bis 2004 Finanzmittel in Höhe von insgesamt 2,81 Mrd. DM zu (das Land NRW beteiligt sich mit zusätzlichen Beiträgen). Davon sind für den Bereich Entwicklungspolitik keine besonderen Mittel vorgesehen worden; die 60 Mio. DM für das Nord-Süd-Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) werden dem Wissenschaftsbereich zugerechnet.

Erste Schritte auf dem Weg zum Ausbau des Nord-Süd-Zentrums bzw. des Zentrums für Internationale Zusammenarbeit

Von einem Nord-Süd-Zentrum Bonn sind - wie es in einer 1995 publizierten Studie heißt³ - Signalwirkungen an die Länder des Südens, vor allem aber an die Innen-, Außen- und insbesondere die Europa- und UN-Politik des geeinten Deutschlands zu erwarten. Von ihm werden wichtige Impulse ausgehen können, jene Herausforderungen zu meistern, die in fast allen Bereichen unserer Zivilisation - Umwelt, Ressourcenverbrauch, Bevölkerungsentwicklung, Verminderung der Armut, Migration und Sicherheit - um nur einige zu nennen - bestehen und die national und regional alleine nicht mehr zu bewältigen sind. Die Studie stellte den ersten umfassenderen Versuch dar, inhaltliche und organisatorische Vorstellungen für Bonn als Nord-Süd-Zentrum zu entwickeln; sie mahnte energischere Schritte zur Errichtung eines nationalen und internationalen Zentrums für Entwicklungspolitik in der Bundesstadt Bonn an und schlug ein Modell von sechs mög-

³ Winfried Böll/Dieter Danckwortt/Uwe Holtz/Hans Pakleppa: Nord-Süd-Zentrum Bonn. Die Bundesstadt Bonn als Standort für Entwicklungspolitik, nationale, internationale und supranationale Einrichtungen (Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung), Bonn, August 1995.

lichst weitgehend miteinander vernetzten und Synergieeffekte fördernden Säulen für das Nord-Süd-Zentrum vor: 1. 'staatliche Entwicklungspolitik', 2. 'nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit' (u.a. Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaft), 3. 'europäische, internationale und UN-Einrichtungen', 4. Dialog, 5. Kultur und 6. Medien.

Der Bund (insbesondere das BMZ), das Land NRW und die Bundesstadt Bonn haben vielfältige Anstrengungen unternommen; nichtstaatliche Stellen und Organisationen förderten die Idee eines Nord-Süd-Zentrums; der Informelle Nord-Süd-Kreis leistete Lobby-Arbeit - dank all dieser Aktivitäten konnte Positives erreicht bzw. einiges auf den Weg gebracht werden, auch wenn bislang ein wirklich großer, nationale und internationale Aufmerksamkeit erregender Durchbruch, wie die Übersiedlung von UNDP an den Rhein, nicht gelungen ist:

- Die Ansiedlung des UN-Freiwilligenprogramms UNV⁴ - einer UNDP-Tochter -, des Sekretariats der Klimarahmenkonvention⁵ und einiger kleinerer UN-Organisationen in der "UNO-Stadt" Bonn, und zwar mit insgesamt mehr als 200 Mitarbeitern im Haus Carstanjen in Bad Godesberg⁶ (Mitte 1996);
- die vorgesehene Übersiedlung des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED), der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) und des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) von Berlin nach Bonn (wobei ein entsprechender eindeutiger politischer Wille des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Finanzierungszusage von NRW für DSE und DIE hinsichtlich der bislang von Berlin getragenen Beiträge wichtig waren; die Übersiedlung dieser drei Organisationen mit insgesamt ca. 400 Mitarbeitern kann allerdings erst dann realisiert werden, wenn das dafür vorgesehene 'Tulpenfeld' im Bonner Regierungsviertel geräumt sein wird: 1999/2000?);
- der im Mai 1995 erfolgte Gründungsbeschluß des Senats der Universität Bonn für das Nord-Süd-Zentrum für Entwicklungsforschung (im Endausbau 50-70 Mitarbeiter);

⁴ Von den Umzugs-, Eingliederungs- und besonderen übergangsweisen Kosten (bis 1999) in Höhe von 19,0 Mio trägt der Bund aus dem Etat des BMZ 80% (= 15,2 Mio), die Stadt Bonn 20%. Die Bundesrepublik hat ihre jährlichen Beiträge an UNV von 1,7 Mio DM auf 3,4 Mio verdoppelt.

⁵ Die Umzugs- und Eingliederungskosten in Höhe von 2,7 Mio DM sowie freiwillige Beiträge zu den Sekretariatskosten in Höhe von 5,1 Mio trägt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

⁶ Die Kosten zur Herrichtung der Liegenschaft und besonders zur Erfüllung der Sicherheitsanforderungen (2,3 Mio DM) wurden vom BMZ getragen; das BMZ übernimmt auch die Kosten für die Bauunterhaltung. Wegen der Räumung des Hauses Carstanjen mußte das Bundesfinanzministerium zwei Bürogebäude anmieten; die Mietkosten belaufen sich für 1996 auf 2,74 Mio DM und ab 1997 auf 3,56 Mio - die umzugsbedingten Ausgaben schlagen mit 2,1 Mio DM zu Buche. Alle Zahlenangaben sind der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der SPD-Fraktion zur Ansiedlung internationaler Einrichtungen in Bonn, Drucksache 13/4289, entnommen.

- die im Dezember 1995 erfolgte Gründung des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen mit Sitz in Bonn;
- drei von der NRW-Landesregierung in Bonn eingesetzte Eine-Welt-Promotoren und die Transferstelle für die "Agenda 21", die laut Landesregierung NRW und Stadt Bonn besonders die Kommunen bei der Umsetzung der Agenda 21 (Mitte 1996);
- die im Januar 1996 begonnene Arbeit des Zentrums für kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Gustav-Stresemann-Institut;
- im Herbst 1996 faßte das in Madrid ansässige Institut für europäisch-lateinamerikanische Beziehungen (IRELA) den Grundsatzbeschuß, eine Abteilung in Bonn zu errichten.

Minister Spranger hat deutlich gemacht, daß am Zentrum für Entwicklungspolitik weitergebaut werde und er auch weiterhin tatkräftig an der Umsetzung des Berlin/Bonn-Gesetzes arbeite. Das *politische* Kraftzentrum der deutschen Entwicklungspolitik ist und bleibt das BMZ, das später einmal in das jetzige Bundeskanzleramt umziehen wird. Von besonderer Bedeutung ist auch das Bundesumweltministerium. Diese beiden Zukunftsministerien werden ebenso in Bonn verbleiben wie das Forschungs- und Technologieministerium und das Landwirtschaftsministerium, die auch entwicklungspolitische Berührungsflächen aufweisen. (Weil es bei den internationalen Organisationen nicht nur um enge entwicklungspolitische bzw. Entwicklungsländer-Fragen geht, haben sich die betroffenen Ministerien im Herbst vergangenen Jahres darauf verständigt, vom "Zentrum für internationale Zusammenarbeit, Bonn" zu sprechen.)

Über hundert entwicklungspolitische Institutionen und nichtstaatliche Organisationen, die in der Region Bonn sowie im Aachener und Kölner Raum tätig sind, bilden schon jetzt zum Teil äußerst wichtige Bausteine für das Nord-Süd-Zentrum. Im A,B,C-Universitätsdreieck (Aachen Bonn Cologne) gibt es bereits eine Reihe von entwicklungsländerrelevanten Forschungs- und Lehraktivitäten.

Das Nord-Süd-Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) ist eine der tragenden Säulen für den Ausbau Bonns als Zentrum für internationale Zusammenarbeit (so Staatssekretär Hedrich am 9.1.97 in einem Vortrag an der Universität Bochum). Das ZEF, das insgesamt 60 Mio. DM an Ausgleichsmitteln erhält, zeichnet sich durch ein innovatives Konzept aus. Die Forschungsaufgaben leiten sich primär aus den ungelösten Fragen und Erfordernissen einer nachhaltigen und menschenwürdigen globalen Entwicklung ab; mit seinen Arbeiten will das ZEF insbesondere zur Umsetzung der in Rio 1992 verabschiedeten Konventionen und der Agenda 21 beitragen.. Die drei

Abteilungen (Politischer und kultureller Wandel; Wirtschaftlicher und technischer Wandel; Naturraumpotentiale - Ökologie - Ressourcenmanagement) sollen grundlagen- und praxisorientiert forschen, lehren und aus- bzw. weiterbilden; neben der Politikberatung stellt die Evaluierung der Entwicklungszusammenarbeit eine wesentliche Aufgabe dar. Außerdem sollen Forschungsergebnisse gebündelt und anwendungsorientiert aufbereitet werden. Das ZEF wird an der Schnittstelle von Forschung, Lehre und Praxis arbeiten, also die enge Kooperation und den Dialog von Wissenschaftlern, Studierenden und Praktikern fördern. Interdisziplinärität und Internationalität werden angestrebt, die Hälfte der Lehrenden, vor allem Gastwissenschaftler, und Lernenden soll aus dem Ausland kommen. Nur die drei Abteilungsleiterstellen sind Lebenszeitstellen; die ersten Berufungen werden in diesem Jahr erfolgen. Das BMZ hat dem ZEF 10 Millionen DM für Stipendiaten aus Entwicklungsländern für einen Zeitraum von zehn Jahren zugesagt.

Im übrigen kann es nicht darum gehen, in der Bundesstadt Bonn alle deutschen Entwicklungsorganisationen - womöglich unter einem Dach - zu konzentrieren; dies würde sowohl dem föderalen Charakter der Bundesrepublik als auch dem Willen vieler Entwicklungsorganisationen widersprechen.⁷ Vielmehr ist von einem Verbund entwicklungspolitischer Institutionen und Organisationen bzw. internationaler und Nord-Süd-Einrichtungen auszugehen.

Neue Etappe - zusätzliche Anstrengungen

Bundesregierung und Bundestag wollen Bonn als Standort für Entwicklungspolitik und internationale Organisationen ausbauen. Dabei handelt es sich um eine nationale (Bundes-)Aufgabe. Es gilt, noch tatkräftiger und innovativer als bisher an der Umsetzung des Berlin/Bonn-Gesetzes zu arbeiten und eine neue Etappe der Anstrengungen einzuläuten. Bei der Ansiedlung der Weltzollorganisation kam Bonn nicht zum Zuge; bei der insbesondere vom BMZ betriebenen Werbung um das Wüstensekretariat stehen die Chancen nicht schlecht (Mitbewerber sind Toronto/Kanada und Murcia/Spanien).

Besonders das BMZ sollte zusätzliche Anstrengungen für die Ausgestaltung der entwicklungspolitischen Seite des Zentrums für internationale Zusammenarbeit unternehmen. Zu denken ist beispielsweise an den UN-Bevölkerungsfonds UNFPA und zumindest an einige Bereiche des UN-Entwicklungsprogramms UNDP (z.B. UNIFEM und den 'Capital Development Fund'). Das BMZ

hat mehrfach versichert, daß man die - nicht förmlich abgewiesene - Bewerbung um den Standort des UN-Entwicklungsprogramms aufrechterhalte und das Angebot in der "Gefrierbox der UN"(!) sei.⁸ Bislang fehlt der politische Wille, die Ansiedlung nationaler und internationaler Nichtregierungsorganisationen und damit die Säule 'nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit' innerhalb des Zentrums zu fördern. Das Nord-Süd-Zentrum würde ein attraktiveres Profil erhalten, wenn neben den staatlichen Behörden und der Universität weitere Nichtregierungsorganisationen ihren Sitz in Bonn nähmen. Das BMZ könnte außerdem mehrere Initiativen ergreifen (so bei der Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit), zu Planungsgesprächen im Kulturbereich einladen oder die Vernetzung zwischen den in Bonn ansässigen und den neuen UNO-Organisationen betreiben. Was die 'Mediensäule' angeht, so ist eine intensivere Zusammenarbeit mit der Deutschen Welle geboten; angestrebt werden sollte auch die Übersiedlung des international tätigen Inter Press Service von Rom sowie der Redaktionen von epd-Entwicklungspolitik und "Entwicklung und Zusammenarbeit" von Frankfurt nach Bonn.

Eine wichtige Aufgabe besteht auch darin, dem Zentrum ein attraktives inhaltliches Profil zu geben und dabei mit relevanten Institutionen im In- und Ausland zusammenzuarbeiten. Könnte Bonn nicht ein Leuchtfeuer für die Zivilgesellschaft, für die Förderung von Demokratie und Menschenrechten und gewaltfreien Konfliktlösungen sowie Ausgangspunkt für eine wirtschaftliche, soziale, ökologische Entspannungspolitik zwischen weiter und weniger entwickelten Ländern werden? Ein weiteres Thema, das vom "Standort Deutschland" international gut vertreten werden könnte, wäre die "Internationale soziale (und ökologische) Marktwirtschaft" und nicht nur für die traditionellen Entwicklungsländer, sondern auch für die Transitionsländer in Zentral- und Osteuropa sowie für uns selbst von Interesse wäre. Bei diesen Themen könnte man sich der Erfahrungen beispielsweise der politischen Stiftungen, des Internationalen Konversionszentrums Bonn/BICC oder auch der Arbeitsfelder der an der Universität Bonn eingerichteten Zentren für Entwicklungs- und Europäische Integrationsforschung sowie der Ludwig-Erhard-Stiftung vergewissern.

Auf der Sitzung des Informellen Nord-Süd-Kreises am 3.9.96 wurde festgehalten: Für das Zentrum für Internationale Zusammenarbeit sollte nicht nach einem einzigen 'Dachthema' (inhaltlichen 'Marktlücke') gesucht, es müsse vielmehr thematische Flexibilität gezeigt werden. Das Pro-

⁷ Dennoch ist es irritierend, wenn anlässlich der Eröffnung der neuen Außenstelle des BMZ in der Hauptstadt in einer BMZ-Pressemitteilung vom 13.1.97 davon gesprochen wird, Berlin müsse "Mittelpunkt" der Entwicklungspolitik bleiben und werde den Status einer "Hochburg" der deutschen Entwicklungspolitik nicht verlieren.

⁸ Insofern wird die vom BMZ mehrfach gehörte Aussage, bei "arg strapaziertem Entwicklungshilfehaushalt" dürfe die Finanzierung von Ausgleichsmaßnahmen "keinesfalls zu Lasten der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit gehen", zu Recht relativiert.

fil sollte sich aus den vorhandenen bzw. sich ansiedelnden Organisationen entwickeln: z.B. aus DSE/CDG die Aus- und Fortbildung; aus UNV/DED die Personelle Zusammenarbeit. Ein wichtiges Thema könnte sein: "Soziale und ökologische Marktwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung."

Überlegungen, den Umzug nach Berlin zeitlich zu verschieben, würden sowohl die angelaufenen Kompensationsmaßnahmen für die Bonner Region als auch die beschlossenen Umzüge von Berliner Institutionen nach Bonn blockieren und zudem Planungsunsicherheiten mit sich bringen. Versuche, letztlich alle Ministerien nach Berlin umzusiedeln, würden einmal einen Wort- und Vertragsbruch, zum anderen auch einen internationalen Vertrauensbruch darstellen, da die Bundesregierung internationalen Institutionen den Standort Bonn auch mit der Argumentation 'schmackhaft' gemacht hat, in Bonn verblieben wichtige Ministerien, wie das BMZ, das Umwelt- und das Forschungsministerium.

Chancen für die Politik - Erwartungen

Aus der Einigung Deutschlands, der Neubestimmung des Sitzes von Parlament und Regierung und der Verstärkung entwicklungspolitischer Kompetenz in der Bundesstadt Bonn erwächst die von der Politik zu ergreifende Chance für eine engere Zusammenarbeit und bessere Abstimmung innerhalb der Entwicklungspolitik.

Laut § 4 Berlin/Bonn-Gesetz bestimmen die einzelnen Minister jener Ministerien, die nach Berlin umsiedeln, im Rahmen ihrer Ressorthoheit, welche Teile ihres Ministeriums in Bonn verbleiben. Die Bundesregierung bzw. die nach dem Gesetz in Bonn verbleibenden Ressorts sollten jene Abteilungen, Referate und Arbeitsbereiche aus dem Nord-Süd-Bereich anderer Ministerien - auch jener, die nach Berlin umziehen (wie das Auswärtige Amt, das Wirtschafts- oder das Innenministerium) - enger mit dem BMZ kooperieren lassen und damit in Bonn belassen. So könnte die Bundesregierung der auch im Maastrichter Vertrag geforderten Kohärenz der Entwicklungspolitik mit anderen Politikbereichen näherkommen.

Aus der Entscheidung, Bonn zu einem "Standort für Entwicklungspolitik, national, internationale und supranationale Einrichtungen" auszubauen, ergibt sich auch die Chance, der Entwicklungspolitik insgesamt mehr Gewicht zu verschaffen und ihren Stellenwert zu erhöhen. Deshalb sollte das BMZ ein noch deutlicheres Profil bei der Ausgestaltung eines nationalen und internationalen Zentrums für Entwicklungspolitik bzw. Zentrums für Internationale Zusammenarbeit zeigen und

für dieses Zentrum stärker werben.⁹ Das BMZ könnte zu hochrangigen, international besetzten "Petersberg-Konferenzen" zur Entwicklungspolitik einladen.

Die Bundesregierung muß sich weiterhin um die Anwerbung internationaler Organisationen bemühen und dabei auch internationale Nichtregierungsorganisationen einbeziehen. Die Bundesregierung, d.h. das AA, hat den Botschaften freigestellt, ob sie ihren Sitz in Bonn behalten oder nach Berlin verlegen wollen; es wäre sinnvoll, wenn besonders Entwicklungsländerbotschaften, die in Bonn aus finanziellen Gründen und auch wegen der Nähe zu Brüssel bleiben wollen, eine gelegentliche Präsenz in Berlin erleichtert würde.

Das bereits in der Region Bonn reichlich vorhandene entwicklungspolitische Potential und das der noch in Bonn anzusiedelnden Institutionen gilt es, besser, wirksamer und kostengünstiger als bisher für die Lösung andauernder Probleme (nachhaltige, menschenwürdige Entwicklung, Hunger, Armut, Bevölkerungsexplosion, Umwelt und Migration) sowie internationaler Herausforderungen zu nutzen (wie die Zukunft der Lomé-Konvention, die Konsequenzen der dramatischen Entwicklungen in Asien, die Problematik der unmittelbaren Nachbarn der EU im Osten und am südlichen Mittelmeerrand oder die Institutionalisierung einer wirksamen Katastrophenvorbeugung).

Für das BMZ besteht das Erfordernis, die Vernetzung zwischen den in Bonn ansässigen und den neuen UNO-Organisationen zu betreiben und zu einem aktiveren Dialog kommen, um Synergieeffekte, die sich nicht automatisch einstellen, zu nutzen. Synergieeffekte sind auf mehreren Ebenen möglich: Durch die räumliche Nähe Gelegenheiten zu zwanglosen Begegnungen und informellem Gedankenaustausch; durch die Bearbeitung entwicklungspolitischer Fragestellungen; durch organisatorische Kooperationen.¹⁰

Mit der Ansiedlung von UNV und anderen internationalen Sekretariaten sind - so StS Hårdtl am 1.7.96 im Haus Carstanjen - aus entwicklungspolitischer Sicht u.a. folgende Erwartungen zu verbinden: Belebung der Debatte über Entwicklungsfragen in Deutschland; Versachlichung der Dis-

⁹Es ist bedauerlich, daß z.B. weder im Zehnten Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung von 1995 noch im Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik 1996 auf das Zentrum eingegangen wird.

¹⁰ Vgl. z.B. Johannes Niemeyer, DED-Verwaltungsratsvorsitzender, am 25.6.96: "Wenn mit DSE und DIE im Verein mit den EZ-Organisationen in Bonn tatsächlich ein Nord-Süd-Zentrum für unsere Eine Welt heranwächst, verbindet der DED damit auch die Hoffnung auf eine Bündelung der Kräfte in der und für die Entwicklungszusammenarbeit auf der nationalen Ebene." Denkbar sind Synergien auch zwischen DED und UNV, ZEF und DIE sowie Kooperationen im Ausbildungsbereich von DED, DSE und CDG oder im Bibliotheks- und Dokumentationsbereich zwischen DSE, DED, DIE und ZEF.

kussion über die VN; ein offener und fruchtbarer Meinungs­austausch über Konzepte und erfolgreiche und weniger erfolgreiche Ansätze der Entwicklungszusammenarbeit; Synergieeffekte mit staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen in Bonn und Deutschland; Verstärkung der Anstrengungen für eine Politik nachhaltiger menschlicher Entwicklung und Konfliktvorbeugung. Die Erfüllung dieser Erwartungen erfordert große Anstrengungen.